

Berset plant ein grosses Hilfspaket für Kinderkrippen

Eltern müssen zurzeit die vollen Kosten für Krippenplätze zahlen – auch wenn sie ihre Kinder wegen der Pandemie zu Hause betreuen. Der Bund plant nun, Hunderte Millionen einzuschiessen.

Markus Brotschi, Mario StäublePubliziert heute um 06:16 UhrAktualisiert vor 13 Minuten





Sara Schneeбели sieht sich mit verärgerten Eltern konfrontiert, die den Krippenplatz wegen der Corona-Krise nicht mehr weiter zahlen wollen.

Foto: Urs Jaudas

Sara Schneeбели durchlebt bizarre Tage, geprägt von Verwirrung und Unsicherheit. Die Leiterin von drei Kitas in Winterthur wühlt sich durch immer neue Corona-Informationen der Behörden, hält den Betrieb aufrecht, beruhigt besorgte Eltern, kümmert sich um ein Kurzarbeitsgesuch für einen Teil der Angestellten und organisiert Unterricht für die hauseigenen Lehrlinge und Praktikanten.

Das schwierigste Problem, mit dem Schneeбели sich konfrontiert sieht, ist die Geldfrage. «Der Bund hat uns verpflichtet, geöffnet zu bleiben – gleichzeitig sollen die meisten Kinder nicht mehr zu uns kommen», sagt sie. Nur: Eltern, die ihre Kinder im Moment selbst betreuen, müssen den Krippenplatz trotzdem bezahlen. Die Verträge zwischen Kitas und den Eltern laufen weiter. «Das sorgt bei vielen Eltern für Ärger, auch von Kündigungen ist die Rede», so Schneeбели.

Mietkosten laufen weiter

In diesem Dilemma stecken Kitas in der ganzen Schweiz. Sie können nicht ohne weiteres auf die Zahlungen der Eltern verzichten, denn die Miet- und Lohnkosten laufen weiter, Kurzarbeit hin oder her. Gleichzeitig steigt der Druck der Eltern, die nicht für eine Leistung bezahlen wollen, die sie gar nicht beziehen. «Die Konsequenz der jetzigen Situation ist, dass viele Krippen schon während der Pandemie oder kurz danach in Konkurs gehen würden», sagt die Zürcher Ex-BDP-Nationalrätin Rosmarie Quadranti, die den Kita-Verband Kibesuisse präsidiert.

Der Bund will das Problem nun angehen, wie Recherchen zeigen. Und zwar mit einem umfangreichen Corona-Hilfspaket für Krippen und ähnliche Betreuungsangebote. Die Rede ist laut einer Quelle von bis zu 300 Millionen Franken, die vom Bund kommen sollen. Der aktuelle Entwurf der Notverordnung sieht vor, dass die Kantone nochmals denselben Betrag beisteuern. Damit käme man auf 600 Millionen.

Der Vorschlag befand sich Anfang Woche bei den Kantonen in der Vernehmlassung. Zurzeit ist geplant, dass der Bundesrat am Freitag über das Paket berät. Der Arbeitstitel des neuen Regelwerks lautet: «Verordnung zur Abfederung der wirtschaftlichen Auswirkungen des Coronavirus in der institutionellen familienergänzenden Kinderbetreuung».

Konkret sollen die Krippen eine Ausfallentschädigung erhalten, und zwar für jene Kinder, die wegen des Coronavirus nicht mehr in die Kita kommen. Im Gegenzug sollen die Eltern keine Beiträge mehr für Kinder zahlen müssen, die sie gar nicht in die Krippe schicken. Es gehe darum, die Verluste der Kitas aufzufangen, und nicht darum, ihnen entgangene Gewinne zuzuhalten, sagt eine Quelle. Das Bundesamt für Sozialversicherungen, das im Departement von Alain Berset für das Hilfsprogramm zuständig ist, will sich auf Anfrage nicht dazu äussern.

Kitas halb leer

Um wie viele Kinder – und damit um wie viel Geld – es tatsächlich geht, weiss zum jetzigen Zeitpunkt wohl niemand genau. Kibesuisse-Präsidentin Rosmarie Quadranti sagt, man habe im Zuge des Corona-Strudels die Kapazitäten nicht gehabt, die aktuelle Auslastung der Krippen abzufragen. Bei fünf befragten Krippen im Raum Zürich heisst es diese Woche, es seien noch circa zehn bis vierzig Prozent der Kinder anwesend, wobei die Auslastung von Tag zu Tag stark schwanke.



Der Bund fördert Kinderbetreuungsplätze seit 2003:

Ein Kind in einer Krippe.

Keystone

Wie viel Geld genau fliessen soll, hängt auch stark von der gesundheitspolitischen Lage ab. Je länger das jetzige Regime aufrechterhalten bleibe, dass die Kinder zu Hause bleiben sollen, desto höher der Druck auf die Krippen, so Quadranti. Der Bund hat selbst ein starkes Interesse, die Kita-Plätze zu erhalten: Seit 2003 hat er 400 Millionen Franken an Anschubhilfe geleistet, um in der ganzen Schweiz

Krippenplätze und schulergänzende Betreuung über Mittag zu fördern.

Krippenleiterin Sara Schneebeili hat derweil ein Mail an die Eltern verschickt, in dem sie um Nachsicht für das derzeitige Durcheinander wirbt. «Manche Eltern sind extrem verunsichert, einige von ihnen – zum Beispiel Selbstständige – haben Existenzängste.» Trotzdem hätten viele sehr verständnisvoll reagiert und Solidarität signalisiert. «Aber so wie jetzt kann es nicht länger weitergehen. Wir helfen gerne mit im Kampf gegen die Pandemie, aber dann muss man auch uns helfen.»

Über 140'000 Betreuungsplätze

In der Schweiz gibt es über 60'000 Betreuungsplätze für Kinder im Vorschulalter in Kindertagesstätten und über 80'000 Plätze für die schulergänzende Betreuung am Mittag. Fast die Hälfte dieser Betreuungsplätze sind mithilfe des seit 17 Jahren bestehenden Impulsprogrammes des Bundes geschaffen worden. Dieser hat seit Bestehen der Anschubhilfe rund 400 Millionen Franken in die familienexterne Kinderbetreuung investiert. Ursprünglich war das 2003 gestartete Programm auf 8 Jahre befristet, wurde aber seither immer wieder verlängert, letztmals 2018 für weitere 4 Jahre. Insgesamt wurden in den 17 Jahren des Impulsprogramms 3463 Gesuche bewilligt. Davon betrafen 1890 Kindertagesstätten, 1447 Einrichtungen für die schulergänzende Betreuung, 123 den Bereich der Tagesfamilien und die restlichen 3 Projekte mit Innovationscharakter. *(br)*